Petition 193156

Umsatzsteuer - Ersatzlose Streichung der Verpflichtung zur Ausstellung elektronischer Rechnungen

Text der Petition	Sofortige Rücknahme der verpflichtenden E-Rechnung (ZUGFeRD/XRechnung) und Stopp der bürokratischen Überlastung kleiner Unternehmen.
Begründung	Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die gesetzliche Verpflichtung zur Ausstellung elektronischer Rechnungen im B2B-Bereich (Wachstumschancengesetz) ersatzlos zu streichen. Alternativ ist eine dauerhafte Ausnahme für Kleinunternehmen und Selbstständige zu schaffen, die weniger als 500 Rechnungen pro Jahr stellen. Das bisherige System (PDF oder Papier) muss als rechtssicherer Standard erhalten bleiben. Begründung Deutschland leidet unter einer lähmenden Überbürokratisierung, die die wirtschaftliche Substanz des Mittelstandes und der Kleinstunternehmen gefährdet. Die Einführung der verpflichtenden E-Rechnung ist kein Fortschritt, sondern ein bürokratisches Monster, das in seiner jetzigen Form die Grenzen der Zumutbarkeit überschreitet. 1. Zerstörung gewachsener digitaler Abläufe: Unter dem Deckmantel der Digitalisierung wird ein System erzwungen, das funktionierende Abläufe (wie den Versand von PDF-Rechnungen) entwertet. Anstatt einfache, plattformunabhängige Lösungen zu fördern, werden Unternehmer genötigt, in komplexe Spezialsoftware zu investieren oder sich durch unübersichtliche Formularlandschaften zu quälen. 2. Unverhältnismäßiger technischer Aufwand: Für Selbstständige, die nur eine geringe Anzahl an Rechnungen pro Jahr stellen, steht der technische und finanzielle Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen. Die Notwendigkeit, XML-Strukturen (ZUGFeRD/XRechnung) zu validieren und in spezifischen Formaten einzubetten, erfordert technisches Expertenwissen, das von einem Handwerker, Dienstleister oder Freiberufler nicht verlangt werden darf. 3. Benachteiligung kleinerer Akteure und Betriebssystem-Diskriminierung: Die aktuelle Umsetzung ignoriert die Realität verschiedener IT-Infrastrukturen (z.B. macOS-Nutzer oder Anwender von Open-Source-Software). Es fehlt an einfach zugänglichen, kostenfreien und plattformübergreifenden Bordmitteln. Der Staat wälzt seine Kontrollbedürfnisse auf die Bürger ab, ohne die notwendigen Werkzeuge bereitzustellen. 4. Verlust an Produktivität: Jede Stunde, die ein Unternehmer damit verbringt, kryptische Fehlermeldungen in Java-Umgebungen zu beheben oder XML-Validatoren zu bedienen, ist eine verlorene Stunde für die eigentliche

Wertschöpfung. Diese Form der "digitalen Zwangsarbeit" für die Finanzverwaltung schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland massiv.